Sonntags-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt“ und „Handels-Zeitung“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal. Gratis-Beiblätter zum „Berliner Tageblatt“: Jeden Montag „Zeitgeist“, jeden Mittwoch „Technische Rundschau“, jeden Donnerstag und Sonntag illustrierte Chronik „Der Welt-Spiegel“, jeden Freitag das illustrierte Witzblatt „ULK“, jeden Sonnabend „Haus, Hof, Garten“. Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Russlands und der Donaustaaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch d. Exped. d. Blattes möglich. In Berlin abonniert man b. d. Haupt-Expedition SW. 19, Jerusalemerstr. 46/49, sow. den nebenstehend aufgeführten Filialen.

Chefs-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Abonnements-Preis

durch d. Post bezog. vierteljährl. 6 M., Ausland exkl. Postaufschlag; für Berlin d. tägl. zweimal. Zustell. monat. 2 M., vierteljährl. 6 M. Direkt. mt. Kreuzbd. vierteljährl.: fürs Ausland 15 M., fürs Inland 14 M. Inseraten Zeile 70 Pf. (General-Anzeig. 40 Pf.). Inseraten-u. Abonnem.-Annahme in d. Haupt-Exped. SW. 19, Jerusalemerstr. 46/49, u. den Filial.: Leipzigerstr. 103; Potsdamerstr. 38; Bayreutherstr. 32 (a. Wittenberg-Platz); Königstr. 58/57; Prinzenstr. 41; Kottbuserdamm 1; Schiffbauerdamm 1; Große Frankfurterstraße 81; Petersburgerstraße 2; Blücherstraße 69 (Ecke Johannistisch); Bismarckstraße 1—6; Rykestr. 31; Schützendorferstr. 27 (am Wedding-Platz); Schönebergerstr. 155; Charlottenburg, Kantstr. 34; Birkbeck, Berlinerstr. 41; Pankow, Bornholmerstr. 1; Lichtenberg, Frankfurt. Chaussee 129; Weißensee, König-Chaussee 61b

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

Nr. 81
38. Jahrgang

und Handels-Zeitung.

Sonntag
14. Februar 1909

Hierzu die Illustrierte Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel“ Nr. 13.

Politische Wochenschau.

Von

Paul Michaelis.

Der Besuch des englischen Königspaares in Berlin hat einen in jeder Beziehung erfreulichen und sympathischen Verlauf genommen. Das Charakterbild Eduards VII. schwankte in der öffentlichen Meinung des deutschen Volkes bedenklich hin und her. Es fehlte nicht an Pessimisten, die in ihm die Verkörperung des bösen deutschfeindlichen Prinzips erblicken wollten. Daß darin eine Uebertreibung lag, darüber war man sich in unbefangen urteilenden Kreisen schon längst klar. Eduard VII. sah in der Politik einfach ein Geschäft, bei dem man auf den Vorteil des eigenen Landes bedacht sein muß, in der Voraussetzung, daß die anderen schon für sich selbst sorgen werden. Er hat dabei mehr als einmal der deutschen Politik erhebliche Unbequemlichkeiten verursacht. Aber das spricht nur für die Geschicklichkeit, mit welcher Eduard VII. die Figuren auf dem politischen Schachbrett zu schieben versteht. Daß er jemals bewußt auf einen Konflikt mit dem Deutschen Reich hingearbeitet habe, dafür fehlt es an dem zureichenden Beweise.

Um so deutlicher hat der Besuch Eduards VII. gezeigt, daß er nicht bloß der Geschäftsführer Englands sein will, sondern nach wie vor den Ehrgeiz hat, der erste Gentleman Englands zu sein. Die Ungezwungenheit und Herzlichkeit, mit der sich Eduard bewegte, die Dankbarkeit, mit der er die ihm erwiesenen Aufmerksamkeiten entgegennahm, und das Behagen, das er um sich zu verbreiten wußte, das alles ist doch nicht auf schlaue Berechnung zurückzuführen, sondern es erschien als Ausfluß einer vornehmen Natur. Der Besuch des Königs im Berliner Rathause ist ebenso als der Anfang eines würdigeren Verhältnisses zwischen dem Hof und dem freien Bürgertum zu begrüßen, wie er deutlich machte, daß König Eduard keinen größeren Ehrgeiz als den eines Bürgerkönigs kennt. Er hat zu lange in der freien Luft Englands geatmet, als daß in seinem Bewußtsein auch nur der Schatten des Gottesgnadentums hasten geblieben wäre. So ergab sich ganz von selbst ein herzliches Verhältnis des Publikums zu Eduard VII., und man kann nur wünschen, daß auch der König die Ueberzeugung mit nach Hause nimmt, daß das deutsche Volk trotz einiger politischen Rückständigkeiten doch nicht nach russischem Maßstabe gemessen werden kann, sondern die konstitutionellen Einrichtungen Englands als vorbildlich betrachtet.

Auf dieser Grundlage konnte sich leicht auch in politischer Beziehung eine Annäherung zwischen dem Deutschen Reich und England anbahnen. Das Fundament dafür wurde durch die Trinksprüche des Kaisers und des Königs von England bei der Galatafel vom Dienstag gelegt, in denen beide Herrscher die Erwartung einer friedlichen und freundschaftlichen Entwickelung der Beziehungen zwischen beiden Ländern aussprachen, wobei sie gleichzeitig ihren gemeinsamen Wünschen nach Erhaltung und Festigung des Friedens Ausdruck gaben. Eduard VII. betonte dabei noch ausdrücklich, daß sein ganzes Streben auf die Erhaltung des allgemeinen Friedens gerichtet ist. In ähnlicher Form ist dieser Friedenswille noch mehrfach hervorgehoben worden. Es war dabei bemerkenswert, daß auch die englische Presse, die das Deutsche Reich nicht immer sanft angefaßt hat, diesmal ihre Instrumente auf einen sehr friedlichen und freundschaftlichen Ton gestimmt hatte und alle entgegenkommenden Worte, die über den Kanal hinüberdrangen, herzlich erwiderte.

So wurde die nötige Atmosphäre geschaffen, um den günstigen Augenblick durch eine politische Aussprache zu vertiefen. Natürlich wird man, wenn man keine Enttäuschung erleben will, von diesen politischen Erörterungen, die zwischen dem Reichskanzler und dem diplomatischen Begleiter des Königs Sir Charles Hardinge stattgefunden haben, nicht zu viel erwarten dürfen. An ein förmliches Bündnis, wie es einst Chamberlain entworfen hatte, ist vorläufig nicht zu denken. Es wäre auch sehr fraglich, ob es einen genauen Ausdruck der beiderseitigen Erwartungen darstellen würde. Wohl aber liegt es in der Entwickelung, daß wir die deutsch-englischen Differenzen der letzten Jahre überwinden und uns zu England auf einen freundschaftlichen Fuß stellen.

Dieses Ziel ist allem Anschein nach auch erreicht worden. Nicht bloß von deutscher, sondern auch von englischer Seite werden die Ergebnisse der politischen Besprechungen zwischen den beiderseitigen Staatsmännern als außerordentlich befriedigend bezeichnet, auch wurde insbesondere ein vollständiges Einvernehmen zwischen der deutschen und der englischen Regierung über die Türkei festgestellt. Da die Dinge im nahen Osten ihre Gefahren noch immer nicht verloren haben, zumal augenblicklich in der Türkei wieder eine neue Kraftprobe zwischen den „Jungen“ und den „Alten“ im Gange zu sein scheint, so ist eine solche Uebereinstimmung unter allen Umständen für die Erhaltung des europäischen Friedens von höchstem Wert. Allerdings wird man sich der Einsicht nicht verschließen können, daß es auch an anderen Punkten der Erde Berührungspunkte zwischen England und dem Deutschen Reich gibt, die der Klärung bedürfen. Man muß abwarten, ob als Nachwirkung des englischen Besuchs auch hier die beiden Mächte sich in die Hände arbeiten wollen. Nicht bloß das weite Gebiet der Kolonialpolitik, sondern auch eine Spezialfrage wie die der Bagdadbahn geben zur praktischen Bewährung der freundschaftlichen Gesinnung zwischen beiden Ländern Anlaß genug.

Zuletzt wird aber immer wieder der eigentliche Nachdruck auf eine Verständigung über die beiderseitigen Flottenrüstungen gelegt werden müssen, eine Aufgabe, die sich freilich nur schrittweise lösen läßt, bei der aber schon das kleinste Entgegenkommen genügt, um eine neue politische Situation zu schaffen. Doch selbst wenn noch einige peinliche Reste der früheren Verstimmungen übrig bleiben sollten, und wenn nach dem Festrausch auch manche Erwartung sich als zu weitgehend herausstellen sollte, wird man den Besuch des englischen Königs in Berlin als politischen Gewinn buchen müssen. Er hat auf beiden Seiten den guten Willen zur Verständigung erkennen lassen, und er räumt schon damit viele Hindernisse und Mißverständnisse aus dem Wege, die sich künftig herausstellen könnten.

Unmittelbar vor der Ankunft unserer Gäste in Berlin wurde im Auswärtigen Amt das deutsch-französische Marokko-Abkommen unterzeichnet. Es ist ohne englische Beihilfe zustandegekommen, entsprang vielmehr dem beiderseitigen spontanen Bedürfnis, ein gefährliches Element der Zwietracht aus den deutsch-französischen Beziehungen auszuschalten. Aber es verdient hervorgehoben zu werden, daß in den Besprechungen zwischen dem Fürsten Bülow und Sir Charles Hardinge dieses Abkommen „uneingeschränkt und herzlich“ gebilligt worden ist. Das deutsch-französische Abkommen selbst darf, wenn es in seiner ganzen Bedeutung gewürdigt werden soll, nicht bloß nach seinem Wortlaut gewertet werden. Wenn wir die politischen Interessen Frankreichs in Marokko anerkennen, während Frankreich die wirtschaftliche Gleichberechtigung der beteiligten Mächte aufrechterhalten will, so bedeutet das scheinbar sogar ein Zurückweichen der deutschen Regierung. Aber eben nur scheinbar, denn für Ansprüche, die wir aufrechterhalten nicht in der Lage sind, tauschen wir die Sicherheit unserer wirtschaftlichen Interessen in Marokko ein und das Versprechen, daß Frankreich unseren Handels- und gewerblichen Interessen in Marokko nicht entgegenarbeiten will. Insofern wird hier eine positive Ergänzung der mehr negativen Abmachungen von Algeciras geschaffen, die nicht bloß den marokkanischen Zankapfel aus der Welt schafft, sondern die uns auch die Möglichkeit gibt, nun wirklich einmal mit der wirtschaftlichen Durchdringung Marokkos, von der bisher immer nur geredet worden ist, ernst zu machen.

In dieser Beziehung ist zu berücksichtigen, daß neben dem diplomatischen Marokko-Abkommen private Verhandlungen hergingen, die zu einem erfreulichen Erfolg geführt haben und uns die Sicherheit geben, daß wir auf wirtschaftlichem Gebiet in Marokko nicht zu kurz kommen werden. Gleichzeitig aber darf doch nicht übersehen werden, daß schon die Tatsache einer direkten Verständigung zwischen dem Deutschen Reich und der französischen Republik die Gewähr für eine friedliche und freundschaftliche Weiterentwickelung der deutsch-französischen Beziehungen in sich schließt. Beide Länder, durch ihre geographische Lage aufeinander hingewiesen, haben nicht bloß in Marokko gemeinsame wirtschaftliche Interessen, sondern noch viel größere und wichtigere an ihren Landesgrenzen. Wenn es wahr ist, daß nur der erste Schritt Mühe macht, so wäre nichts erwünschter, als daß der Abmachung über Marokko bald weitere Verständigungen folgten, die nicht bloß einzelnen Kapitalistengruppen, sondern der Gesamtheit beider Völker zugute kämen.

Auf dem Gebiet der inneren Politik liegt der Schwerpunkt noch immer in der Steuerkommission des Reichstages. Die Nachlaßsteuer wurde lebhaft umstritten, ohne daß die Kommission zu einer Verständigung gelangen konnte. So blieb nichts übrig, als auch die Nachlaßsteuer, wie bereits das Zwischenhandelsmonopol auf Branntwein, einer Subkommission zu überweisen, die unter völligem Ausschluß der Oeffentlichkeit ein Kompromiß zustandebringen soll. Wie weit dieser Versuch gelingen kann, das steht noch dahin. Es scheint aber, als ob die Blockparteien noch einmal ernstlich auf eine Verständigung hinarbeiten wollen. Wenn wir auch die Motive, durch welche sich die Konservativen bewogen gefühlt haben, gegen die Nachlaßsteuer Front zu machen, in keiner Weise teilen und noch weniger billigen können, so geben wir doch gern zu, daß es verfehlt wäre, sich nun gerade auf die Nachlaßsteuer festlegen zu wollen. Sie ist keine Erfindung der liberalen Parteien, sondern der verbündeten Regierungen, die damit eine direkte Reichssteuer umgehen wollten.

Worauf es den liberalen Parteien allein ankommen muß, das ist auf eine ausgiebige, im richtigen Verhältnis zu den Konsumsteuern stehende Belastung des Besitzes zugunsten des Reiches. Dieser Zweck kann durch eine Reichsvermögenssteuer mindestens ebenso gut wie durch eine Nachlaßsteuer erfüllt werden. Geben also die konservativen Parteien einerseits so weit nach, daß sie für eine allgemeine Reichssteuer auf den Besitz eintreten, und gehen auch die verbündeten Regierungen auf eine Erhöhung der durch direkte Steuern aufzubringenden und gedeckten Matrikularbeiträge ein, so liegt ein Kompromiß mit liberaler Unterstützung nicht außerhalb des Bereichs der Möglichen. Der Nachdruck liegt nicht auf irgendeiner bestimmten Steuerform, sondern auf der ausgiebigen Heranziehung der „starken Schultern“ zu den Reichslasten. Solange freilich keine Garantie für bestimmte Zugeständnisse der Konservativen und der verbündeten Regierungen gegeben ist, werden die liberalen Parteien der gesamten Finanzreform durchaus reserviert gegenüberstehen müssen.

Die türkische Kammer gegen den Grosswesir.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Konstantinopel, 13. Februar.

Nach Verlesung des Protokolls teilt der Präsident der Kammer mit, daß der Großwesir noch nicht erschienen sei. Die Kammer beschließt, sein Erscheinen zu fordern. In diesem Augenblick läuft ein Brief des Großwesirs ein, in dem dieser sich mit Arbeitsüberhäufung entschuldigt und dann erklärt, er werde am Mittwoch in der Kammer erscheinen. Der Kriegs- und der Marineminister hätten freiwillig demissioniert. Nazim Pascha sei ein ausgezeichneter Mann und seine Ernennung von politischer Bedeutung. Es sei heute eine Diskussion über die Veränderungen im Kabinett inopportun. Die Jägerbataillon hätten nicht weggeschickt werden sollen. Der Beifall, der nach der Verlesung des Briefes laut wird, wird niedergeknüppelt. Es folgt die Verlesung eines Briefes Ali Risa Paschas, worin er erklärt, daß er nicht demissioniert habe, sondern entlassen worden sei. Dieselbe Erklärung gibt für sich der frühere Marineminister in einer Depesche ab, die eingelaufen ist. Der Abgeordnete Jussuf Kemal nennt den Großwesir einen Lügner, da Dokumente vorhanden seien, aus denen hervorgehe, daß die Jäger weggesandt werden sollten. (Stürmische Zwischenrufe und erregter Lärm während der ganzen Zeit.) Jetzt spricht Ismael. Er behandelt in sehr geschickter Weise jeden Passus in dem Briefe Kiamil Paschas. Der Großwesir habe die Albanesen und Araber gewonnen, indem er ihnen je ein Portefeuille im Ministerium zusagte.

Nach Ismael spricht Lutfi (liberale Union). Er verteidigt Kiamil, aber nur mit sehr schwachen Argumenten und ohne den Beifall des Hauses zu finden. Der Anhänger des Komitées Emrullah wendet sich gegen Kiamil und beschuldigt ihn gleichfalls der Lüge. Der Grieche Kosmidi und der Armenier Sohrab (beide liberale Union) nehmen für Kiamil Partei. Sohrab entschuldigt den Großwesir, geht aber um den Kernpunkt des Falles herum. Er wird von Zwischenrufen unterbrochen und erklärt dann, unter diesen Umständen müsse man allerdings dem Willen des Hauses gemäß warten, bis Kiamil komme. Darauf beschließt das Haus, den Großwesir nochmals auf telephonischem Wege und durch Boten aufzufordern, von der Pforte nach dem Parlament zu kommen. Es tritt eine Pause ein. Um 5 Uhr war die Antwort des Großwesirs noch nicht eingetroffen.

Nach der Pause gelangt ein neues Schreiben des Großwesirs zur Verlesung, in dem er mitteilt, er könne erst am Mittwoch in die Kammer kommen, sei jedoch bereit, zu demissionieren, falls die Kammer die Verantwortung übernehmen wolle. Es entspinnt sich nun eine längere Debatte über diese Antwort, worauf der Antrag gestellt wird, dem Großwesir das Mißtrauen des Hauses auszusprechen. Um 7 Uhr 10 Minuten beginnt die Abstimmung. Ihr Ergebnis ist, daß mit 198 gegen 8 Stimmen das Mißtrauensvotum angenommen wird. Die Griechen und einige Armenier enthielten sich der Stimmenabgabe, die Araber stimmten mit dem Comité. Der Präsident wird beauftragt, dem Sultan heute noch Mitteilung von dem Kammervotum zu machen, und erhält plein pouvoir, bis zur Ernennung eines neuen Großwesirs für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu sorgen. Morgen mittag findet eine Kammersitzung statt mit der Tagesordnung: Entgegennahme der Antwort des Sultans auf die Mitteilung des Kammerpräsidenten.

Die Stimmung in den Couloirs und in der Stadt ist sehr erregt. Zahlreiche Offiziere, darunter die Saloniker Jägeroffiziere erscheinen im Parlament oder in dessen Umgebung. Während der Verhandlung in der Kammer und zwar nach der Rede Ismaels, kam ein von allen Kommandanten der vor Dolmabagtscha unterhalb des Yildis liegenden Kriegsschiffe unterzeichnetes Memorandum zur Verlesung, das tiefsten Eindruck machte. Darin sagen die Offiziere:

„Wir wir bereits am Donnerstag protestierten, erklären wir auch heute, daß wir mangels einer Besetzung des Postens des Marineministers keine oberste Kommandobehörde besitzen und deshalb, um sehr ernste und bedauerliche Folgen hintanzuhalten, an das Parlament als den Vertreter der Nation appellieren, uns entweder unseren alten Minister wiedergeben oder einen anderen ebenso ehrlichen Mann einsetzen. Wir erkennen unter keinen Umständen den jetzigen zweifelhaften Minister an.“

Es handelt es sich dabei um die Offiziere von etwa sieben Kriegsschiffen, darunter den aus Saloniki zurückgekehrten. Die Situation ist sehr ernst, da die Jungtürken anscheinend gewillt sind, mit Hilfe der ihnen ergebenen Marine und Armee sich